Ä23 Solidarität und Sicherheit auf Basis des Völkerrechts: Für Frieden in Israel und Gaza

Antragsteller*in: Hendrik Pröhl (KV Bremen Links der Weser (LdW))

Änderungsantrag zu LA1

Von Zeile 115 bis 120:
Kriegsfolgen betroffen sind. Meinungsäußerungen und Demonstrationen, die auf das Leid der israelischen und palästinensischen Zivilbevölkerungen aufmerksam machen, finden ihre Grenze dort, wo es zu Antisemitismus, Rassismus und Gewalt kommt. Jüdinnen und Juden sollen im Land Bremen sicher leben können. Diskriminierung von Jüdinnen und Juden und antiisraelischem Antisemitismus stellen wir uns als gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ebenso entgegen wie ~~antiisraelischem Antisemitismus entschieden entgegen~~anti-muslimischem Rassismus und allen anderen rassistischen Verallgemeinerungen. Zudem braucht es eine größere Aufmerksamkeit für und kritische Einordnung von Polizeigewalt im Rahmen von Demonstrationen und für unverhältnismäßige Einschränkungen.

Begründung

Rassismus darf niemals Eingang in Debatten finden, umso weniger wenn er zu Entmenschlichung und der Abwertung von Leid beiträgt. Darüber hinaus bringt die Ergänzung den Antrag in Einklang mit sich selbst, nachdem in den untenstehenden Entschließungen von Prävention gegen anti-muslimischem Rassismus die Rede ist, nicht jedoch in den Ausführungen.